

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Präventionstages anlässlich der Bundestagswahl 2017



Wir sehen in Prävention auf vielen Politikfeldern einen zentralen Ansatz zur politischen Gestaltung, sei es der Innenpolitik, in der Gesundheitspolitik oder in der Außenpolitik. So ist Krisenprävention ein zentrales Feld grüner internationaler Politik. Gerade auch in unserer Kriminalpolitik schreiben wir Prävention groß. Grundlage jeder wirksamen Kriminalpolitik ist für uns, dass die Wirkung von Strafe, die Erreichung des Strafvollzugsziels (Befähigung ein Leben ohne Straftaten zu führen) kontinuierlich untersucht wird. Neue Straftatbestände und Strafverschärfungen bedürfen sorgfältiger Analyse, ob das Verhalten, um das es geht, strafwürdig ist und einen Unrechtsgehalt aufweist, der zwingend Strafe erfordert. Und ob die Strafzwecke, die individuelle und die generelle Prävention, und das Resozialisierungsziel dies rechtfertigen oder ob nicht stillschweigend ganz andere Ziele etwa symbolpolitischer Art verfolgt werden.

Anhand von zwei Beispielen wollen wir Ihnen nachfolgend grüne Präventionskonzepte darstellen:

Präventionsstrategien gegen Radikalisierung

Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Die innere Sicherheit braucht mehr Vorsorge statt Nachsorge! Zur Prävention von gewaltbereitem Islamismus wollen wir ein bundesweites Präventionszentrum schaffen, das die Arbeit von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft vernetzt und koordiniert. Wir fordern eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Auch die Justizvollzugsanstalten sind in den Blick zu nehmen, denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung. Die Arbeit insbesondere der Zivilgesellschaft auch im Bereich der Rechtsextremismus-Prävention muss verlässlich finanziert werden. Dafür fordern wir eine bundesgesetzliche Grundlage zur Demokratieförderung.

Gesundheitsförderung und Prävention

Wir wollen Gesundheitsförderung und Prävention stärker in den Alltagswelten der Bürgerinnen und Bürger verankern. Wir wollen, dass dort, wo die Menschen zusammenkommen und die meiste Zeit ihres Lebens verbringen, gesundheitsförderliche Angebote gebündelt und optimiert werden. Das Präventionsgesetz der Bundesregierung hat dazu wesentliche Chancen verpasst. Wir fordern stattdessen, Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf eine breite Finanzierungsbasis zu stellen - unter Einbeziehung aller Sozialversicherungsträger, der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen sowie von Bund, Ländern und Kommunen. Außerdem halten wir es für notwendig, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) durch Länder und Kommunen besser ausgestattet wird. Er muss zu einem zentralen Akteur für Gesundheitsförderung und Prävention aufgewertet werden. Darüber hinaus treten wir dafür ein, Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, um auch örtliche Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung besser ausbauen und koordinieren zu können.